



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 14

21. Juli 2005

ISSN 1437-6148

Ursachen und Folgen der Migration aus Lateinamerika

Susanne Grätius

Proportional zur wachsenden Armut ist Lateinamerika seit den 1990er Jahren von einer Einwanderungs- zu einer Auswanderungsregion mutiert. Heute sind etwa 10% aller Migranten Lateinamerikaner, die vorwiegend und meist dauerhaft in die USA und nach Spanien gehen. Die Arbeitsmigration ist ein zentraler Wirtschaftsfaktor für Lateinamerika: Mit 45 Mrd. US\$ erreichten die Geldüberweisungen der Migranten in ihre Heimatländer im vergangenen Jahr einen neuen Rekord. Politisch gesehen spiegelt die Auswanderungswelle ein gescheitertes Entwicklungsmodell und eine Krise der real existierenden Demokratie in den betroffenen lateinamerikanischen Staaten wider.

Vom politischen Exil zur Wirtschaftsmigration

Noch bis Mitte der 1970er Jahre war Lateinamerika eine klassische Einwanderungsregion. Von 1860 bis 1930 gingen 15 Millionen Europäer nach Lateinamerika – vorwiegend nach Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay –, um dort Arbeit zu finden. Im Anschluss daran nahm die Region über 200.000 politische Flüchtlinge aus Europa auf. Heute ist Lateinamerika ein Subkontinent der Auswanderung: Jede Stunde verlassen 58 Lateinamerikaner ihre Heimat und jedes Jahr fast eine halbe Million Personen (Drekonja 2004: 1052). Etwa 20% der Mexikaner, 13% der Uruguayer und 10% der Kubaner leben dauerhaft im Ausland. Die USA und Spanien sind die beiden wichtigsten Aufnahmeländer für Lateinamerikaner.

Bis zu den 1980er Jahren war das Profil des lateinamerikanischen Migranten von der Flucht vor Militärdiktaturen und Bürgerkriegen geprägt. Unmittelbar nach der Rückkehr zur liberalen Demokratie gaben dann nicht mehr politische, sondern wirtschaftliche Motive den Ausschlag

für eine erneute und massive Auswanderungswelle gen Norden. Durch wiederholte Finanz- und Wirtschaftskrisen verwandelte sich der Subkontinent seit den 1990er Jahren in einen Nettoexporteur von Arbeitskräften. Mit Ausnahme einiger weniger Problemstaaten, wie Kuba, Kolumbien und Venezuela, steht im heutigen Lateinamerika nicht mehr die politische Migration (Exilanten und Bürgerkriegsflüchtlinge) im Mittelpunkt, sondern die Arbeitsmigration.

Die erste Auswanderungswelle der Zentralamerikaner und Kubaner

In der Vergangenheit waren Migrationsbewegungen in Lateinamerika fast ausschließlich politisch motiviert. Die kubanische Revolution 1959, die Bürgerkriege im Zentralamerika der 1980er Jahre (El Salvador, Guatemala und Nicaragua) und der anhaltende Konflikt in Kolumbien waren für massive Fluchtbewegungen innerhalb und außerhalb der Region verantwortlich. Während Kubaner überwiegend in das nur 90 Meilen entfernte Miami flüchteten, war die massive zentralameri-

kanische Flüchtlingsbewegung bis nach dem Ende des Kalten Krieges vor allem Binnenmigration: 15% der mittelamerikanischen Bevölkerung, 3 Millionen Personen, gingen in den 1980er Jahren vorwiegend nach Costa Rica und Mexiko.

In Südamerika suchten Vertreter oppositioneller Gruppen während des Kalten Krieges politisches Exil in Europa oder in den USA. Sie flohen vor rechtsgerichteten, repressiven Militärdiktaturen, die sich vor allem in Argentinien, Chile und Uruguay etabliert hatten. Lediglich Kuba und Nicaragua sind historische Beispiele für die Flucht vor revolutionären, linksgerichteten Regimes. In Nicaragua flüchteten zwischen 1978 und 1979 200.000 Menschen vor den Sandinisten und dem Bürgerkrieg. Kuba ist bis heute ein Beispiel für politisch Verfolgte, die sich meist dauerhaft in die USA (1,3 Mio. Kubaner) und nach Europa (500.000 Kubaner) absetzen. Obwohl inzwischen die Arbeitsmigration überwiegt, werden Kubaner in den USA automatisch als politische Asylanten behandelt: Durch das 1966 verabschiedete *Cuban Adjustment Law* erhält jeder Kubaner, der „trockenen Fußes“ amerikanischen Boden erreicht, nach einem Jahr eine permanente Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in den USA. Dies wird in anderen lateinamerikanischen Ländern, vor allem aber im Nachbarstaat Mexiko, bis heute als Diskriminierung betrachtet.

Zwar endeten mit den sukzessiven Friedensabkommen in den 1990er Jahren die Bürgerkriege in Nicaragua, El Salvador und Guatemala und damit auch die politisch motivierten Fluchtbewegungen. Die Migration setzte sich jedoch unter dem neuen Vorzeichen der internationalen Arbeitsmigration fort und entwickelte eine größere Dynamik als je zuvor. Jetzt waren die USA das Hauptziel der zentralamerikanischen Migranten, die sich meist dauerhaft in ihrer neuen Heimat niederließen: Über eine Million Salvadoraner (10% der Bevölkerung) leben derzeit in den USA sowie jeweils eine halbe Million Honduraner und Guatemalteken. Verließen Zentralamerikaner die Heimat vorher aufgrund der anhaltenden politischen Gewalt, sind jetzt Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Naturkatastrophen oder geringe Löhne die wichtigsten Gründe für die Auswanderung.

Auch in Kuba verschob sich das Motiv der Auswanderung von politisch-ideologischen Gründen zur Arbeitsmigration und der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen im Ausland. 1980 setzte die erste Massenflucht in Richtung USA ein, als sich das Castro-Regime auf diesem Wege unliebsamer Wirtschaftsflüchtlinge und zahlreicher Krimineller entledigte. Zum letzten spektakulären

Exodus kam es 1994, als sich 30.000 Kubaner auf selbstgebastelten Booten in die USA absetzten. Diese ökonomisch motivierten Flüchtlingswellen gefährdeten die Privilegien der ersten, wohlhabenden und aus politischen Gründen geflüchteten kubanischen Einwanderergeneration in den USA. Nicht zuletzt deshalb einigten sich die USA und Kuba nach dem Massenexodus 1994 auf ein neues, bis heute gültiges Migrationsabkommen, das die Zahl der Einwanderer auf 20.000 jährlich begrenzt.¹

Die zweite Auswanderungswelle aus Ekuador und Mexiko

Heute sind Ekuador und Mexiko die beiden lateinamerikanischen Staaten mit der größten wirtschaftlich motivierten Auswanderung. Der politische und wirtschaftliche Krisenstaat Ekuador ist der „Hauptexporteur“ von Migranten nach Spanien und ein eindrucksvolles Beispiel für das „Ausbluten“ eines Landes: Zwischen 1999 und 2001 – als Folge der Wirtschaftskrise von 1998 – haben eine halbe Million Ekuadorianer ihr Land verlassen (The Economist, 21.2.2002). Durch die restriktive Einwanderungspolitik in den USA nach dem 11. September haben sich die meisten Ekuadorianer in Spanien niedergelassen, wo sie hinter den Marokkanern die zweitgrößte Einwanderergruppe bilden.

Nach China ist Ekuador das Land mit der größten Zahl an illegalen Einwanderern in Europa. In Spanien sind zwar 390.000 Ekuadorianer gemeldet, über eine Aufenthaltsgenehmigung verfügen aber weniger als die Hälfte. Etwa eine halbe Million Ekuadorianer sind vorwiegend in der spanischen Land- und Bauwirtschaft sowie in der Gastronomie und Hauswirtschaft beschäftigt. Familiäre Netzwerke, eine liberale Einwanderungspolitik (im Oktober 2004 wurde ein neues Amnestiegesetz verabschiedet) und der Bedarf an Arbeitskräften in Billiglohnssektoren sorgen für einen steten Zustrom neuer Zuwanderer aus Ekuador.

Sind Ekuadorianer die größte Gruppe lateinamerikanischer Arbeitsmigranten in Spanien, ist der Anteil der in den USA lebenden Mexikaner noch weitaus höher. In den letzten Dekaden haben über 20 Millionen Mexikaner – ein Viertel der mexikanischen Bevölkerung – ihr Heimatland verlassen. Sie sind die bedeutendste Einwande-

¹ Ausgerechnet Kuba ist eines der wenigen lateinamerikanischen Länder, das ein bilaterales Migrationsabkommen mit den USA unterzeichnet hat und einen regelmäßigen Dialog über das Thema Einwanderung führt.

rungsgruppe in den USA: Ihr Anteil an der Zuwanderung liegt bei 66%, und sie stellen bereits 8,6% der amerikanischen und ein Drittel der kalifornischen Bevölkerung. Die Mexikanisierung ist ein neues Phänomen, denn noch in den 1970er Jahren lebten lediglich 640.000 Mexikaner in den USA.

Die Ursache für die Auswanderung ist das enorme Einkommensgefälle zwischen den beiden Nachbarstaaten: Das Pro-Kopf-Einkommen eines amerikanischen Bürgers ist neun Mal höher als das eines Mexikaners (Huntington 2004: 222/223 und 228). Angesichts der geringen Prosperität und Aufstiegschancen im eigenen Land ist der reiche Nachbar im Norden für viele Mexikaner ein attraktives Ziel: In einer Umfrage der Interamerikanischen Entwicklungsbank gaben 81% der Mexikaner an, die Möglichkeit der Auswanderung in Betracht zu ziehen.² Zwei Drittel der Empfänger von *remittances* erklärten, dass die wirtschaftlichen Probleme Mexikos der Hauptgrund für ihre Entscheidung sei, das Land zu verlassen.³

Trotz verschärfter Grenzkontrollen erreichen jedes Jahr etwa 270.000 Mexikaner illegal amerikanischen Boden und bleiben – da ihnen die Möglichkeit der Rückkehr durch die Einwanderungsgesetze der USA verwehrt bleibt – fast immer dauerhaft im Land. Obwohl die amerikanisch-mexikanische Grenze zu den sichersten der Welt gehört – nicht zuletzt durch einen dreifachen Zaun an den wichtigsten Übergängen –, erfolgt 64% der mexikanischen Migration in die USA nach wie vor illegal. Solange es eine Nachfrage nach billigen Arbeitskräften gibt und das familiäre Netzwerk der *Mexicans* als zusätzlicher Anreiz für die Ausreise dient, werden auch noch schärfere Kontrollen der Grenze die Zuwanderung nicht aufhalten können. Zudem verschaffen die illegal beschäftigten Mexikaner der kalifornischen Agrarindustrie einen erheblichen Wettbewerbsvorteil, was paradoxerweise dazu beiträgt, die mexikanische Landwirtschaft zu ruinieren und so für eine weitere Abwanderung gen USA zu sorgen.

Push- und Pull-Faktoren: Die Dynamik zwischen Herkunfts- und Aufnahmeländern

Die lateinamerikanische Auswanderungswelle gen Norden wird durch ein Zusammenspiel von *Push*-Faktoren im Herkunftsland und *Pull*-Fakto-

ren im Aufnahmestaat begünstigt. Die wichtigsten *Push*-Faktoren für die lateinamerikanische Arbeitsemigration sind Armut (von der 44% der Lateinamerikaner betroffen sind), Arbeitslosigkeit und ein niedriges Lohnniveau; keine oder nur eine sehr rudimentäre Sozialvorsorge⁴; durch Finanz- und Wirtschaftskrisen bedingte Instabilität; und geringe Chancen für berufliches Fortkommen und sozialen Aufstieg in den Heimatländern.

In diesem Zusammenhang ist es kein Zufall, dass gerade in den Ländern mit dramatischen Finanz- und Wirtschaftskrisen, wie Argentinien (2001), Ekuador (1998) und Mexiko (1995), die Abwanderung in den letzten Jahren besonders hoch war. Als politisch-gesellschaftliche Motive gelten die Instabilität im eigenen Land, geringe demokratische Partizipation, hohe Kriminalitätsraten, Rechtsunsicherheit und steigende Gewalt.

Die Wahl des Aufnahmelandes richtet sich nach Kriterien wie der geographischen Nähe, bestehenden Verwandtschaftsbeziehungen, der Situation des Arbeitsmarktes, kulturellen Affinitäten und der Intensität der Beziehungen zwischen altem und neuem Heimatland (IOM 2004: 42). Die bedeutendsten *Pull*-Faktoren, welche die Einwanderung in den Aufnahmeländern begünstigen, sind überalterte Gesellschaften, niedrige Geburtenraten, ein deutlicher Bevölkerungsrückgang, Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft oder in anderen Billiglohnssektoren sowie Finanzierungslücken in den sozialen Sicherungssystemen. Zurückgehende Geburtenraten in Europa (2003 war Spanien das Land mit der niedrigsten Geburtenrate innerhalb der EU) und die Globalisierung der Arbeitsmärkte sind die beiden wichtigsten *Pull*-Faktoren für internationale Migration aus Lateinamerika.

Internationale Migration verändert die Strukturen in Herkunfts- und Aufnahmeländern und führt gleichzeitig zu neuen Interdependenzen zwischen den betroffenen Staaten. Die Abwanderung von Fachkräften (*brain-drain*)⁵ sowie die Entvölkerung und das Entstehen von Rentenstrukturen durch privaten Geldtransfer (*remittances*) sind negative Folgen für die Herkunftslän-

² Umfrage der Interamerikanischen Entwicklungsbank, 2003, zit. nach Sangmeister (Brennpunkt Lateinamerika zur Nafta, Nr. 3/2003).

³ IADB/Multilateral Investment Fund 2004: 22 und 34.

⁴ Weniger als die Hälfte der legal beschäftigten Mexikaner hat Zugang zur staatlichen Sozialversicherung.

⁵ Vor allem in Südamerika wandern Fachkräfte ab, da überwiegend Vertreter der Mittelschichten mit einem relativ hohen Bildungsniveau nach Spanien oder Italien auswandern. Paradigmatisch hierfür ist die Flucht aus wirtschaftlichen Krisenländern wie Argentinien oder Ekuador, vor politischer Instabilität wie in Venezuela und Kuba oder aus dem Bürgerkriegsland Kolumbien.

der. Modernisierungseffekte, Entwicklungshilfe und Investitionen durch Migration sind hingegen positiv zu verbuchen. In ihren neuen Heimatländern erhöhen die Migranten die Arbeits- und Kaufkraft und tragen zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme bei, verursachen aber auch Assimilations- und Integrationskosten.

Zwischen den jeweiligen Staaten entstehen mittel- und langfristig Interdependenzen in den Bereichen Kultur, Handel – beispielsweise durch den Import „ethnischer Produkte“ ins Aufnahme- und Technologie- bzw. Konsumgüterexport in das Herkunftsland –, Investitionen (von der Diaspora in die Heimatländer), Tourismus und Entwicklungskooperation. Langfristig gesehen, fördert Migration auch eine engere Kooperation zwischen den betroffenen Ländern einschließlich der Unterzeichnung von Freihandels- oder Integrationsabkommen. So ist beispielsweise der 1994 in Kraft getretene Nafta-Vertrag auch das Ergebnis des Einflusses der bedeutenden mexikanischen *Community* in den USA.

Generell gilt, dass jahrzehntelange Migrationsströme auf allen Ebenen der Politik die Beziehungen zwischen Herkunfts- und Empfängerstaaten intensivieren. Darauf weist vor allem die seit den 1990er Jahren im Zuge von Migration und Freihandel gewachsene Interdependenz zwischen den USA und Mexiko hin. Aber auch die Beziehungen zwischen Spanien und Lateinamerika sind in den letzten Jahren in allen Bereichen der Zusammenarbeit (Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur) enger geworden. Regional gesehen, sind die Hauptaufnahmeländer Spanien und die USA nicht zuletzt aufgrund der Migration seit Ende der 1990er Jahre mit Abstand die beiden wichtigsten bilateralen Partner Lateinamerikas in den Bereichen politischer Dialog, Handel, Investitionen und Entwicklungszusammenarbeit.

Wirtschaftliche Folgen: Rentenökonomien durch *remittances*

Durch den privaten Geldrücktransfer in das Heimatland, die so genannten *remittances*, ist in einigen mexikanischen Bundesstaaten, in den kleineren Ländern Lateinamerikas und in der Karibik die Auswanderung die Aktivität mit dem höchsten ökonomischen Ertrag. So liegen die privaten Zuwendungen an Verwandte im Herkunftsland oft über dem durchschnittlichen Einkommen der Haushalte. Beide Phänomene potenzieren sich gegenseitig, denn je mehr Personen emigrieren, desto höher ist der Betrag an *remittances*. Auf diese Weise vergrößert sich in den

Empfängerländern von *remittances* die Abhängigkeit vom Ausland und von der Fortsetzung der Migration. Die Tendenz ist steigend: Parallel zur Auswanderungswelle der 1990er haben sich die *remittances* in den Americas vervierfacht.

Boomerender remittance-Markt

Mit 45 Mrd. US\$ verzeichneten Lateinamerika und die Karibik 2004 (IADB 2004 und 2005) den weltweit größten Boom des „*remittance*-Marktes“: Die Region erhält fast ein Drittel aller privaten Geldzuweisungen der Entwicklungsländer (Nurse 2004: 109). Mit über 37 Mrd. US\$ war im Jahre 2003 der Zufluss privater Geldtransfers von Migranten in die Heimatländer bedeutender als die Summe der Direktinvestitionen (23 Mrd. US\$) und der Entwicklungshilfe (3 Mrd. US\$) zusammen.⁶ Zudem betragen sie mehr als 150% des von der Region in den letzten fünf Jahren gezahlten Schuldendienstes. Wenn sich der private Geldtransfer fortsetzt wie bisher, wird die kumulative Summe der *remittances* in Lateinamerika zwischen 2001 und 2010 insgesamt 500 Mrd. US\$ betragen⁷; dies entspricht in etwa dem BIP Brasiliens.

Den größten Anteil an den *remittances* haben mit 30 Mrd. US\$ jährlich die lateinamerikanischen Immigranten in den USA, 2,5 Mrd. US\$ senden Einwanderer in Japan, eine Milliarde entfällt auf die Zuwanderer in Spanien und jeweils eine weitere Milliarde auf die übrigen EU-Staaten, Kanada und Lateinamerika.

Etwa 10% ihres Einkommens – zwischen 200 und 300 US\$ monatlich – senden Latinos in den USA jedes Jahr an ihre Verwandten im Herkunftsland. Insbesondere die lateinamerikanische Einwanderung in Spanien ist eine wichtige Einnahmequelle für die Familien im Heimatland: Aufgrund ihres im Vergleich höheren Bildungsstands und Lohnniveaus schicken die Zuwanderer mehr Geld (zwischen 450 und 700 US\$) an ihre Familien als die in den USA lebenden *Mexicans*.

⁶ Die Region verzeichnet in den letzten Jahren einen steten Anstieg an *remittances*: Im Jahr 2001 belief sich das Volumen der *remittances* auf 20 Mrd. US\$, und 2002 auf 25 Mrd. US\$.

⁷ Nach Angaben der IADB, op. cit.

Tabelle 1: Lateinamerikanische Empfänger von *remittances*, 2003 und 2004 (in Mrd. und Prozent)

Empfänger/Jahr	2003		2004	
Mexiko	13,266	35,69%	16,613	36,27%
Brasilien	5,201	13,99%	5,624	12,28%
Kolumbien	3,067	8,25%	3,857	8,42%
El Salvador	2,316	6,23%	2,548	5,56%
Dom. Republik	2,217	5,96%	2,438	5,32%
Guatemala	2,106	5,66%	2,681	5,85%
Ecuador	1,656	4,45%	1,740	3,80%
Kuba	1,194	3,21%	-----	-----
Peru	1,295	3,48%	1,360	2,96%
Honduras	0,862	2,31%	1,134	2,47%
Nikaragua	0,788	2,12%	0,810	1,76%
Bolivien	0,320	0,86%	0,422	0,92%
Venezuela	0,247	0,66%	0,259	0,56%
Argentinien	0,225	0,60%	0,270	0,59%
<i>Gesamt</i>	<i>37,162</i>		<i>45,800</i>	

Quelle: Inter-American Dialogue, *Remittances by Selected LAC Countries*, Washington DC 2004 und 2005.

Die Geldüberweisungen von Verwandten aus dem Ausland sind ein zentraler Wirtschaftsfaktor für die gesamte Region. Etwa 50 Millionen lateinamerikanische Familien (über 10% der Bevölkerung) werden durch *remittances* unterstützt, die für viele Haushalte zu einer überlebenswichtigen, wenn auch unproduktiven Einkommensquelle geworden sind. Nach Angaben der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank fließen jeden Tag 68,5 Mio. US\$ privater Überweisungen von den USA nach Lateinamerika. Das Geld wird von privaten Vermittlern oder von Organisationen überbracht, die sich auf *remittances* spezialisiert haben⁸, denn nur die Hälfte der ausgewanderten Lateinamerikaner und weniger als 10% ihrer Verwandten in Lateinamerika verfügen über ein Bankkonto.

Mexiko war mit über 16 Mrd. US\$ 2004 der zentrale Empfänger von *remittances* in Lateinamerika, gefolgt von Brasilien. Die Bedeutung der *remittances* und damit auch die Abhängigkeit von den USA für das zweitgrößte lateinamerikanische Land ist enorm: Der private Geldtransfer ist höher als der Zufluss an Direktinvestitionen und die Einnahmen aus dem mexikanischen Tourismussektor. Die jährliche Summe der *remittances* entspricht mehr als zwei Dritteln der Erdölexporte. 11% der Mexikaner oder 11 Millionen

Personen erhalten *remittances*, die sich im Durchschnitt auf 150 € im Monat belaufen. Vor allem die nördlichen mexikanischen Bundesstaaten Guanajuato, Jalisco, Michoacan, San Luis Potosí und Zacatecas verfügen über eine lange Auswanderungstradition in die USA. Sie stellen 32% der Bevölkerung, und in diese fünf Bundesstaaten fließt mit 44% der größte Anteil der mexikanischen *remittances*.

Die Rückflüsse der Diaspora-Community sind in den lateinamerikanischen Kleinstaaten bereits eine Haupteinnahme- und Devisenquelle. Dies ist vor allem in Guatemala, El Salvador, Honduras und Kuba zu beobachten, wo die *remittances* einen Anteil von mehr als 10% an der Gesamtwirtschaft haben.⁹ Die Immigranten im Ausland erwirtschaften zum Teil sogar mehr als ihre Landsleute im Inland: So sind die Einnahmen der in den USA lebenden *Salvadoreños* höher als das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ihres Heimatlandes (IADB 2004: 11). In Zentralamerika ist El Salvador das eindrucksvollste Beispiel für die wachsende Bedeutung der *remittances*: Zwei von zehn Haushalten erhalten *remittances*; die Summe der privaten Geldüberweisungen betrug 2002 das Neunfache der gesamten Entwicklungshilfe und war sieben Mal so hoch wie die jährlichen Direktinvestitionen. Aufgrund der massiven Auswanderung in die USA, wo mehr als ein Fünftel der Bevölkerung lebt, wurde für Flüge in die USA sogar ein eigenes Flughafengebäude in San Salvador gebaut.

⁸ Durch die wachsende Konkurrenz der auf *remittances* spezialisierten Transferunternehmen konnten die oft beklagten hohen Kosten der „Überweisungen“ von 15% auf 7% des entsandten Betrags gesenkt werden.

⁹ In Haiti sogar 24,2% des BIP, vgl. Nurse 2004.

Selbst im sozialistischen Kuba sind die *remittances* inzwischen die größte Devisenquelle: Sie sind bedeutender als die Nettoeinnahmen in der Tourismusindustrie oder im Zuckersektor. Der jährliche Zufluss an *remittances* wird auf etwa eine Milliarde US\$ geschätzt, so dass theoretisch jeder *Cuban-American* im Jahr fast 900 US\$ an kubanische Verwandte transferiert. Private Geldtransfers von Verwandten in Miami nach Kuba sind legal, seitdem das Castro-Regime 1993 den Devisenbesitz legalisiert hat und die Clinton-Administration Mitte der 1990er Jahre *remittances* bis zu einer Höhe von 300 US\$ monatlich nach Kuba autorisierte. Nach Ansicht des Ökonomen Pedro Monreal (1999: 73) zeigt Kuba eine für kleine Inseln typische Wirtschaftsstruktur, basierend auf den Einnahmen aus dem Tourismussektor, der Zuckerindustrie und externen Renten (*remittances*). Dies geht einher mit einer wachsenden Abhängigkeit des Landes von den externen Transferleistungen aus den USA.

Stabilitäts- oder Destabilisierungsfaktor remittances?

Durch die *remittances* entsteht am Staat vorbei ein eigenständiges Wirtschaftssystem. Der „familiäre Finanzmarkt“ basiert auf dem ständigen Export von Arbeitskräften, da sonst der Zufluss der externen Renten unterbrochen werden würde. Es handelt sich somit um einen Generationenvertrag, der immer wieder erneuert werden muss. Dieser informelle Finanzmarkt funktioniert auf der Grundlage von privaten Zinsen und Darlehen, denn *remittances* basieren nicht nur auf Altruismus, sondern auch auf den Interessen der Beteiligten. Nach Angaben der CEPAL lassen sich drei Phasen unterscheiden:

- (1) durch die *remittances* zahlen die Emigranten „Zinsen“ für das zuvor gewährte familiäre Darlehen zur Vorbereitung der Auswanderung und/oder die Kosten einer Ausbildung;
- (2) in der zweiten Phase wird ein „Darlehen“ für die Versorgung und Vorbereitung künftiger Auswanderung von Verwandten im Heimatland gewährt;
- (3) schließlich bereiten die Emigranten durch Hausbau, Grundstückskauf und kleinere Geschäfte ihre Rückkehr ins Ursprungsland vor.

Remittances sind die wichtigste und schnellste wirtschaftliche Verbindung zwischen Herkunfts- und Empfängerländern, die durch Migration entsteht. Zwar geht dem neuen Heimatland der

Migranten durch die *remittances* Kaufkraft verloren, es profitiert aber von den Kosten des meist nicht über Banken abgewickelten Geldtransfers. Zudem können, langfristig gesehen, durch die von den *remittances* ausgehenden Modernisierungseffekte im Empfängerland wiederum Anreize für Investitionen und Handel entstehen.

Die Folgen der *remittances* in den Empfängerländern sind sowohl positiv als auch negativ. Einerseits kompensiert der private Geldtransfer einen in den letzten Jahren rückläufigen Zufluss an Direktinvestitionen und Entwicklungshilfe für Lateinamerika. Zudem gehen von den *remittances* Entwicklungsimpulse im einstigen Heimatland aus. Der private Geldtransfer ist gleichzeitig ein zentraler Wirtschafts- und Stabilitätsfaktor in Lateinamerika, der vor allem in Mexiko, Zentralamerika und Kuba die Armut lindert, die Devisenreserven erhöht und soziale Aufstände verhindert. So schaffen die finanziellen Rücktransfers der Migranten einen gewissen Ausgleich für das wachsende Nord-Süd-Gefälle innerhalb Lateinamerikas und in den einzelnen Ländern.

Durch ihren kompensatorischen Effekt verhindern die *remittances* aber gleichzeitig wirtschaftliche und soziale Strukturreformen in den Herkunftsländern der Migranten. Außerdem fördern sie unproduktive Rentenstrukturen in den Empfängerländern. Vor allem in Zentralamerika, in Kuba¹⁰ und in anderen karibischen Ländern wird der Faktor Arbeit durch den Scheck aus dem Ausland ersetzt, der oft höher ist als die im Land verdienten Löhne und Gehälter. Neben der Entstehung von Rentenökonomien bewirken die *remittances* auch eine wachsende Dollarisierung der Ökonomien von Kleinstaaten. Beispiele hierfür sind Ekuador, El Salvador und Guatemala, die Gesetze zur Dollarisierung ihrer Wirtschaft verabschiedet haben. Auch Kuba ist de facto dollarisiert.

Die Abhängigkeit der lateinamerikanischen Länder von den *remittances* ist insofern ein Risiko, als sie keine dauerhafte Einnahmequelle darstellen. Bei den *remittances* handelt es sich um ein vorübergehendes Phänomen der ersten, höchstens aber der zweiten Auswanderergeneration, so dass sie einen unsicheren und zudem unproduktiven Wirtschaftszweig darstellen, der keine dauerhafte ökonomische Stabilität bietet. Zudem werden *remittances* vor allem für den kurzfristigen privaten Konsum verwendet und

¹⁰ In Kuba beträgt der durchschnittliche Monatsverdienst weniger als zehn US\$, der Scheck aus dem Ausland hingegen bis zu 100 US\$ monatlich (dies ist für viele Kubaner ein Jahresverdienst).

weniger für produktive Investitionen oder Bildung: Nach Angaben der mexikanischen Empfänger von *remittances* werden die Geldüberweisungen aus dem Ausland zu 78% für den Lebensunterhalt verwendet, und nur 10% werden investiert oder angelegt (IADB 2004: 31). Zwar lindern sie zeitweilig die Armut, da *remittances* aber vorwiegend dem privaten Konsum und der Vorbereitung künftiger Auswanderung dienen, leisten sie langfristig gesehen einen geringen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der jeweiligen Empfängerländer.

Innen- und außenpolitische Folgen der Migration

Migration zeitigt zunehmend Rückwirkungen auf die Innen- und Außenpolitik der lateinamerikanischen Auswanderungsländer. Einerseits gibt es immer mehr lateinamerikanische Politiker, die lange Zeit im Ausland gelebt haben; andererseits wird die Lobby der lateinamerikanischen Diaspora in den USA und Spanien verstärkt in den Wahlkampf des jeweiligen Ursprungslandes einbezogen. Gleichzeitig steigt durch die Intensivierung der Beziehungen insgesamt auch der politische Einfluss des Aufnahme- auf das Herkunftsland der Migranten. Ein deutliches Beispiel hierfür ist Mexiko, wo die demokratischen Reformen seit Mitte der 1990er Jahre auch eine Folge der engen Verbindungen zu den USA durch Freihandel und Migration waren.

Mexiko ist paradigmatisch für den wachsenden innenpolitischen Einfluss der Migranten im einstigen Heimatland und ihre Instrumentalisierung für außenpolitische Ziele seitens der jeweiligen Regierung. Mit dem Ziel, das negativ besetzte Mexiko-Bild in den USA zu verbessern, die Bildungschancen der Auswanderer in der neuen Heimat zu erhöhen und den Kontakt zum Herkunftsland aufrechtzuerhalten, richtete der damalige Präsident Carlos Salinas de Gortari im Rahmen der Außenpolitik schon 1990 ein Programm für Mexikaner in den USA (*Programa para las Comunidades Mexicanas en el Exterior*, PCME) ein. Darüber hinaus wurde die Zahl der konsularischen Vertretungen zum Schutz der Interessen der Auswanderer in den USA erhöht: Mexiko unterhält über 40 Konsulate in den Vereinigten Staaten.

Auf bilateraler Ebene haben vor allem die mexikanischen Präsidenten Vicente Fox und Ende der 1980er Jahre Carlos Salinas de Gortari, die lange Zeit in den USA gelebt haben, Sonderbeziehungen zum nördlichen Nachbarn aufgebaut. So wurde das Freihandelsabkommen Nafta vom

damaligen Präsidenten Salinas de Gortari ange-regt und unter seiner Regierung verhandelt. Seinerseits hat der ehemalige Manager des Coca-Cola-Konzerns und heutige Präsident Vicente Fox verschiedene Vorstöße unternommen, um ein Migrationsabkommen mit den USA zu etablieren, die illegalen Einwanderer zu legalisieren und den Integrationsprozess im Rahmen der Nafta durch einen gemeinsamen Binnenmarkt zu vertiefen.

Darüber hinaus ist Mexiko in Lateinamerika ein Vorreiter für einen „transnationalen Wahlkampf“, der seit vielen Jahren auch in den USA geführt wird. Da sich Präsident Fox eigenen Aussagen zufolge, als Präsident aller Mexikaner versteht, sollen jetzt auch Auswanderer in den USA in Mexiko wählen können. Ein dementsprechendes Gesetz wurde Ende April 2005 vom Senat und Ende Juni vom Abgeordnetenhaus befürwortet. Dies wird die Zahl der Wähler bei den Präsidentschaftswahlen 2006 vermutlich um mehr als 10% erhöhen.

Auch in den Andenländern zeigt die Auswanderung Rückwirkungen auf die Innenpolitik. Bei dem am 15. August 2004 abgehaltenen Referendum über Präsident Hugo Chávez hat die venezolanische Diaspora ebenfalls eine, wenn auch geringe Rolle gespielt. Vor allem die Opposition hatte die venezolanischen Wähler in Spanien und den USA für ihr Ziel der Absetzung des Präsidenten mobilisiert. In Bolivien und Peru wiederum regierten lange Zeit der in den USA aufgewachsene und des Spanischen nur rudimentär mächtige Ex-Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada und der in Japan geborene Alberto Fujimori. Auch Fujimoris Nachfolger, der peruanische Präsident Alejandro Toledo, unterhält eine Sonderbeziehung zu den USA, da er vor seiner Amtsübernahme viele Jahre bei der Weltbank in Washington tätig war. Auch auf Ministerebene haben viele lateinamerikanische Politiker in den USA studiert oder gearbeitet und pflegen enge Beziehungen zum nördlichen Nachbarland.

Zwischenbilanz

Dem boomenden *remittance*-Markt und der wachsenden Armut nach zu urteilen, werden sich in den kommenden Jahren eher mehr als weniger Lateinamerikaner für die Auswanderung entscheiden. Die Abwanderung ist das Ergebnis einer politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklung Lateinamerikas. So ist es zwar den meisten Ländern der Region gelungen, zur liberalen Demokratie zurückzukehren, nicht aber die notwendigen politischen, wirtschaftlichen und

sozialen Reformen durchzuführen, um partizipative Gesellschaften zu schaffen und Wohlstand zu verteilen.

Angesichts fehlender ökonomischer Perspektiven und beruflicher Aufstiegschancen im eigenen Land entscheiden sich immer mehr Lateinamerikaner für die Option „exit“ und gegen die Option „voice“. Die individuelle Entscheidung für die Auswanderung verhindert eine politische Artikulation zugunsten von Strukturreformen im eigenen Land – in Form von Wahlbeteiligung, Protestaktionen oder einem Engagement in Organisationen der Zivilgesellschaft – und trägt indirekt

dazu bei, die Machtposition der herrschenden Elite zu konsolidieren.

Gleichzeitig kompensieren die *remittances* soziale Ungleichheit und schaffen unproduktive Rentenökonomien. Indem ein Großteil des Bruttoinlandsprodukts nicht mehr durch Arbeit, sondern durch die Unterstützung von Verwandten im Ausland erzeugt wird, werden ganze Nationen zu „Sozialfällen“. Bislang hat die Auswanderungswelle in Lateinamerika keine Modernisierung bewirkt, sondern eher dazu beigetragen, notwendige politische, soziale und wirtschaftliche Reformen im einstigen Heimatland zu verhindern.

Literaturverzeichnis

- Drekonja, Gerhard (2004): „Lateinamerika wandert aus“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9, S. 1051-1055.
- Huntington, Samuel (2004): Who are we? The Challenges to America's National Identity, Simon & Schuster: New York, London, Toronto, Sydney.
- IADB (Inter-American Development Bank) / Multilateral Investment Fund (2004): Sending Money Home: Remittances to Latin America and the Caribbean, Washington, D.C.
- Inter-American Dialogue (2004 und 2005): Remittances by Selected LAC Countries, Washington, D.C.
- International Organisation for Migration (IOM) (2004): Migration from Latin America to Europe: Trends and Policy Challenges, IOM Migration Research Series 16, Genf.
- Monreal, Pedro (1999): „Migration und Überweisungen: Anmerkungen zum Fall Kuba“, in: Lateinamerika, Analysen und Berichte 23 (Themenheft Migrationen), Bad Honnef, S. 73-97.
- Nurse, Keith (2004): „Diaspora, Migration and Development in the Americas“, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 2, S. 107-125.
- Sangmeister, Hartmut (2003): „'Amerika den Amerikanern'. Das Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA/FTAA) wird in Lateinamerika unterschiedlich beurteilt“, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 3.
- The Economist, London, 21.2.2002.

Autorennotiz:

Dr. Susanne Gratius ist in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin für Lateinamerika zuständig. Bis 31. Mai 2006 ist sie zur *Fundación para las Relaciones Internacionales y el Diálogo Exterior* (FRIDE) in Madrid beurlaubt.

E-Mail: sgratius@fride.org

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Lektorat und Produktion: Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iik@iik.duei.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>